

**Antrag auf Bewilligung einer Landeszuwendung
gemäß dem ÖPNV-Investitionsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt**

– mit anteiliger Bundesförderung –

.....
(Antragsteller)

.....
(PLZ, Ort)

.....
(Datum)

An das
Landesverwaltungsamt
Referat 307
Postfach 200 256
06003 Halle (Saale)

Bezeichnung des Vorhabens:

.....

Vorhabenträger:

Ihre Mitteilung über die Aufnahme in das Jahresprogramm nach Nr. 8 VV-EntflechtG/Verkehr

vom; Az:

Für Rückfragen steht Ihnen / Telefon: (.....) / zur Verfügung.

Ich (wir) beantragen zur Durchführung des o.a. Vorhabens eine Zuwendung nach § 8b Abs. 3 ÖPNVG LSA i.V.m. Nr. 2 der VV-EntflechtG/Verkehr.

1. Angaben zum Antrag

Das Vorhaben soll

im Haushaltsjahr 20....

in den Haushaltsjahren 20 bis 20

nach den beiliegenden Unterlagen durchgeführt werden.

Im Einzelnen sind gemäß Nr. 9.2.2 EntflechtG/Verkehr folgende Unterlagen beigefügt:

- (1)
- (2)
- (3)
- (4)
- (5)
- (6)
- (7)
- (8)
- (9)

2. Finanzierungsplan

- 2.1. Die Gesamtausgaben des o.a. Vorhabens betragen EUR
- 2.2. Die zuwendungsfähigen Ausgaben betragen: EUR
- 2.3. Die Finanzierung ist wie folgt vorgesehen:
- a) Zuwendung des Landes nach
§ 8b Abs. 3 ÖPNVG LSA EUR
*davon Zuwendung für Bauausgaben. u. Grunderwerb
In Höhe von 30 v.H. EUR*
*Zuwendung für die Leistungsphasen 5, 6, 9 der
Verkehrsanlagenplanung in Höhe von 30 v.H. EUR*
*Zuwendung für die Leistungsphasen 3, 4, 7, 8 der
Verkehrsanlagenplanung in Höhe von 90 v.H. EUR*
 - b) Zuwendung des Landes aus ergänzenden
Landesmitteln EUR
 - c) Zuwendung des Bundes EUR
 - d) Beiträge Dritter, nämlich:
..... : EUR
..... : EUR
mithin gesamt: EUR
 - e) Eigenmittel des Antragstellers:
Investitionsrate(n) des ordentlichen
Haushalts: EUR
Entnahme aus Rücklagen: EUR
Kredite: EUR

Sonstige Finanzierungshilfen von:

.....
.....

zur Verstärkung der Eigenmittel des
Antragstellers:

..... EUR

Eigenmittel gesamt:

..... EUR

3. Für das Haushaltsjahr 20.... sind Leistungen mit folgendem Wertumfang vorgesehen (Einzelauflistung bitte unter Anlage 4a):

Gesamtausgaben: EUR

zuwendungsfähige Ausgaben: EUR

4. Für das Vorhaben werden in den folgenden Haushaltsjahren voraussichtlich benötigt:

Haushaltsjahr	Investitionsmittel gesamt	Zuwendungsbetrag Land
20.... EUR EUR
20.... EUR EUR
20.... EUR EUR
20.... EUR EUR
20.... bis 20.... EUR EUR

5. Mit der Durchführung der Baumaßnahme wird am begonnen. Als Zeitpunkt für die Verkehrsfreigabe ist der vorgesehen.

6. Für die Baudurchführung, die Mittelbewirtschaftung und den Verwendungsnachweis zuständige Stellen:

.....

7. Bankverbindung:

Kreditinstitut:

Konto-Nr.: Bankleitzahl:

Der Antragsteller erklärt, dass

- mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und auch vor der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten)
- ein vorzeitiger Maßnahmebeginn vorgesehen ist und dazu ein begründeter Antrag auf Genehmigung einer Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns eingereicht wird
- der Antrag auf Genehmigung einer Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns wurde den Antragsunterlagen beigelegt
- die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind
- keine Anträge für denselben Zweck bei anderen Stellen, außer den im Finanzierungsplan benannten, beantragt und bewilligt wurden
- Veränderung im Antrag hinsichtlich der Finanzierung und Zweckbestimmung unverzüglich mitgeteilt werden
- die Finanzierung des Vorhabens gesichert ist
- Die Belange Behinderter, alter Menschen und anderer Personen mit Mobilitätseinschränkungen berücksichtigt sind
- die Verwaltungsvorschriften des Landes Sachsen-Anhalt zur Durchführung von § 3 Abs. 1 des Entflechtungsgesetzes (VV-EntflechtG/Verkehr) vom 12.07.2007 (MBI. LSA S. 649) in der jeweils geltenden Fassung sind mir (uns) bekannt und werden als verbindlich anerkannt.

Ich (Wir) bin (sind) damit einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der Bewilligungsbehörde zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfaßt und verarbeitet werden. Die Bewilligungsbehörde ist berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschließlich der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen. Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

.....
(rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers)